

2015

Ausgegeben zu Bonn am 29. Juni 2015

Nr. 24

Tag	Inhalt	Seite
20. 6. 2015	Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes FNA: 210-6, 210-5, 210-7 GESTA: B031	970
24. 6. 2015	Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes FNA: 1104-1 GESTA: C032	973
24. 6. 2015	Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern FNA: neu: 603-16; neu: 603-17; 603-12, 610-6-17, 860-2 GESTA: D029	974
24. 6. 2015	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015) FNA: 63-16 GESTA: D032	980
19. 6. 2015	Einundzwanzigste Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (21. KOV-Anpassungsverordnung 2015 – 21. KOV-AnpV 2015) FNA: 830-2	993
19. 6. 2015	Siebenundvierzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Siebenundvierzigste Anrechnungsverordnung – 47. AnrV) FNA: neu: 830-2-9-47; 830-2-9-46	995
19. 6. 2015	Elfte Verordnung zur Änderung der Ferienreiseverordnung FNA: 9233-1-2-6	1005
20. 6. 2015	Erste Verordnung zur Änderung der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung FNA: 210-7-2	1006
19. 6. 2015	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 8 Absatz 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz des Landes Brandenburg) FNA: 1104-5	1007
24. 6. 2015	Berichtigung der Dritten Verordnung zur Änderung der AMG-Kostenverordnung FNA: 2121-51-39	1007
25. 6. 2015	Berichtigung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze FNA: 860-4-1, 860-4-1, 860-4-1-12	1008

Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes

Vom 20. Juni 2015

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Personalausweisgesetzes

Das Personalausweisgesetz vom 18. Juni 2009 (BGBl. I S. 1346), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 6 folgende Angabe eingefügt:
„§ 6a Versagung und Entziehung; Ersatz-Personalausweis“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach den Wörtern „vorläufige Personalausweis“ die Wörter „und der Ersatz-Personalausweis“ eingefügt.
 - b) In Absatz 8 Satz 3 werden nach den Wörtern „vorläufigen Personalausweises“ die Wörter „und des Ersatz-Personalausweises“ eingefügt.
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden nach der Angabe „bis 12“ die Wörter „und die in Absatz 4 Satz 2“ eingefügt.
 - b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:
„(3a) Der Ersatz-Personalausweis enthält die in Absatz 2 Nummer 1 bis 12 und die in Absatz 4 Satz 2 genannten Angaben sowie die Angabe der ausstellenden Behörde, den Tag der Ausstellung, den letzten Tag der Gültigkeitsdauer und den Vermerk, dass der Ersatz-Personalausweis nicht zum Verlassen Deutschlands berechtigt. Abweichend von Absatz 2 Nummer 9 ist die Eintragung „keine Hauptwohnung in Deutschland“ nicht zulässig.“
 - c) Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe a wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
 - bb) In Buchstabe b wird das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt.
 - cc) Folgender Buchstabe c wird angefügt:
„c) „IXD“ für Ersatz-Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland,“.
4. Nach § 6 Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:
„(4a) Die Gültigkeitsdauer des Ersatz-Personalausweises ist auf den Zeitraum zu beschränken, der für das Erreichen des Zweckes nach § 6a erforderlich ist; sie darf einen Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.“

derlich ist; sie darf einen Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.“

5. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Versagung und
Entziehung; Ersatz-Personalausweis

(1) Ein Personalausweis oder ein vorläufiger Personalausweis kann unter den Voraussetzungen des § 7 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 10 des Passgesetzes versagt werden. Im Falle des § 7 Absatz 1 Nummer 1 des Passgesetzes gilt dies nur, wenn die Gefährdung darin besteht, dass bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass der Ausweisbewerber

1. einer terroristischen Vereinigung nach § 129a des Strafgesetzbuchs oder einer terroristischen Vereinigung nach § 129a in Verbindung mit § 129b Absatz 1 Satz 1 des Strafgesetzbuchs mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland angehört oder diese unterstützt oder
2. rechtswidrig Gewalt gegen Leib oder Leben als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwendet oder eine solche Gewaltanwendung unterstützt oder vorsätzlich hervorruft.

(2) Dem Ausweisinhaber kann ein Personalausweis oder ein vorläufiger Personalausweis entzogen werden, wenn gegen ihn eine vollziehbare Anordnung nach § 6 Absatz 7 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 10 des Passgesetzes besteht. Im Falle einer Anordnung nach § 6 Absatz 7 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Nummer 1 des Passgesetzes gilt dies nur, wenn die Gefährdung darin besteht, dass bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass der Ausweisinhaber

1. einer terroristischen Vereinigung nach § 129a des Strafgesetzbuchs oder einer terroristischen Vereinigung nach § 129a in Verbindung mit § 129b Absatz 1 Satz 1 des Strafgesetzbuchs mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland angehört oder diese unterstützt oder
2. rechtswidrig Gewalt gegen Leib oder Leben als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwendet oder eine solche Gewaltanwendung unterstützt oder vorsätzlich hervorruft.

(3) Ist ein Personalausweis oder vorläufiger Personalausweis versagt oder entzogen worden, ist ein Ersatz-Personalausweis auszustellen.

(4) Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 nicht mehr vor, ist dies dem Inhaber eines Ersatz-Personalausweises unverzüglich mitzuteilen und ihm auf Antrag ein Personal-

ausweis oder ein vorläufiger Personalausweis auszustellen.

(5) Für Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 sowie Mitteilungen nach Absatz 4 sind ausschließlich die in § 7 Absatz 1 genannten Behörden zuständig.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Ausweise“ durch die Wörter „Personalausweise und vorläufige Personalausweise“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Für Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes werden nach Maßgabe des § 6a Ersatz-Personalausweise von Amts wegen ausgestellt. Absatz 1 Satz 2 bis 6, Absatz 2 Satz 3, Absatz 3 Satz 1 bis 3 sowie die Absätze 4 und 5 gelten entsprechend.“

6a. Dem § 20 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Beförderungsunternehmen dürfen personenbezogene Daten aus der maschinenlesbaren Zone des Personalausweises elektronisch nur auslesen und verarbeiten, soweit sie auf Grund internationaler Abkommen oder Einreisebestimmungen zur Mitwirkung an Kontrolltätigkeiten im internationalen Reiseverkehr und zur Übermittlung personenbezogener Daten verpflichtet sind. Biometrische Daten dürfen nicht ausgelesen werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen, wenn sie für die Erfüllung dieser Pflichten nicht mehr erforderlich sind.“

7. § 28 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.

c) Folgende Nummer 4 wird angefügt:

„4. gegen den Ausweisinhaber eine Anordnung im Sinne des § 6a Absatz 2 ergangen ist und er den Geltungsbereich dieses Gesetzes verlassen hat.“

7a. § 29 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma und das Wort „oder“ ersetzt.

b) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. eine Entziehung im Sinne des § 6a Absatz 2 ergangen ist oder Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ein Entziehungsgrund im Sinne des § 6a Absatz 2 vorliegt.“

8. In § 30 werden nach der Angabe „berechtigt (§ 6 Abs. 7),“ die Wörter „gegen die Entziehung des Ausweises und die Ausstellung eines Ersatz-Personalausweises (§ 6a),“ eingefügt.

9. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 werden nach der Angabe „§ 9 Abs. 3 Satz 1“ ein Komma und die Wörter „auch in Verbindung mit Absatz 6 Satz 2,“ eingefügt.

bb) In Nummer 8 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

cc) Nach Nummer 8 werden die folgenden Nummern 9 und 10 eingefügt:

„9. entgegen § 20 Absatz 4 Satz 1 oder Satz 2 Daten ausliest oder verarbeitet,

10. entgegen § 20 Absatz 4 Satz 3 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht oder“.

dd) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 11.

b) In Absatz 3 werden die Wörter „des Absatzes 1 Nr. 6, 7 und 8“ durch die Wörter „des Absatzes 1 Nummer 6 bis 10“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Passgesetzes

Das Passgesetz vom 19. April 1986 (BGBl. I S. 537), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 11 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

b) Die folgenden Nummern 4 und 5 werden angefügt:

„4. gegen den Passinhaber eine Anordnung nach § 8 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 10 ergangen ist und er den Geltungsbereich dieses Gesetzes verlassen hat; im Falle des § 7 Absatz 1 Nummer 1 gilt dies nur, wenn die Gefährdung darin besteht, dass bestimmte Tatsachen die Annahme begründen, dass der Passinhaber

a) einer terroristischen Vereinigung nach § 129a des Strafgesetzbuchs oder einer terroristischen Vereinigung nach § 129a in Verbindung mit § 129b Absatz 1 Satz 1 des Strafgesetzbuchs mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland angehört oder diese unterstützt oder

b) rechtswidrig Gewalt gegen Leib oder Leben als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwendet oder eine solche Gewaltanwendung unterstützt oder vorsätzlich hervorruft;

5. gegen den Passinhaber eine Anordnung nach § 7 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 10 ergangen ist, er den Geltungsbereich dieses Gesetzes verlassen hat und sich in einem Land aufhält, für das eine räumliche Beschränkung angeordnet wurde; Nummer 4 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.“

2. In § 14 werden nach dem Wort „Anfechtungsklage“ die Wörter „gegen die Beschränkung des Geltungsbereiches oder der Gültigkeitsdauer des Passes (§ 7 Absatz 2), gegen die Passentziehung (§ 8),“ eingefügt.

Artikel 2a
Änderung des
Bundsmeldegesetzes

§ 3 des Bundsmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), das zuletzt durch Artikel 3a des Gesetzes vom 13. Mai 2015 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nummer 17 werden nach den Wörtern „Seriennummer des Personalausweises,“ die Wörter „vorläufigen Personalausweises oder Ersatz-Personalausweises,“ eingefügt.
2. Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen die Tatsache, dass Passversagungsgründe vorliegen, ein Pass versagt oder entzogen oder eine Anordnung nach § 6 Absatz 7, § 6a Absatz 1 oder § 6a Absatz 2 des Personalausweisgesetzes getroffen worden ist,“.

Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 20. Juni 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Vom 24. Juni 2015

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 6 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. August 2013 (BGBl. I S. 3463) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die vom Bundestag zu berufenden Richter werden auf Vorschlag des Wahlausschusses nach Absatz 2 ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln gewählt. Zum Richter ist gewählt, wer eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt.“

2. In Absatz 3 werden die Wörter „zur Durchführung der Wahl“ durch das Wort „ein“ und die Wörter „alle Richter gewählt sind“ durch die Wörter „Vorschläge über alle zu wählenden Richter beschlossen sind“ ersetzt.

3. Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Ein Wahlvorschlag wird mit mindestens acht Stimmen der Mitglieder des Wahlausschusses beschlossen.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 24. Juni 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
der Justiz und für Verbraucherschutz
Heiko Maas

**Gesetz
zur Förderung von Investitionen
finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von
Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern**

Vom 24. Juni 2015

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz

zur Errichtung eines Sondervermögens
„Kommunalinvestitionsförderungsfonds“
(KInvFErrG)

§ 1

Errichtung eines Sondervermögens

Es wird ein Sondervermögen des Bundes mit der Bezeichnung „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (KInvF) errichtet.

§ 2

Zweck des Sondervermögens

Aus dem Sondervermögen sollen Finanzhilfen an die Länder zur Förderung von besonders bedeutsamen Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände gewährt werden.

§ 3

Stellung im Rechtsverkehr

(1) Das Sondervermögen ist nicht rechtsfähig. Es kann unter seinem Namen im Rechtsverkehr handeln, klagen und verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Sondervermögens ist der Sitz der Bundesregierung. Das Bundesministerium der Finanzen verwaltet das Sondervermögen. Es kann sich hierzu einer anderen Bundesbehörde oder eines Dritten bedienen.

(2) Das Sondervermögen ist von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten. Der Bund haftet unmittelbar für die Verbindlichkeiten des Sondervermögens; dieses

haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes.

§ 4

Finanzierung des Sondervermögens

Der Bund stellt dem Sondervermögen im Jahr 2015 einen einmaligen Betrag in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

§ 5

Wirtschaftsplan, Haushaltsrecht

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens werden in einem Wirtschaftsplan veranschlagt, der für das Wirtschaftsjahr 2015 als Anlage zu diesem Gesetz veröffentlicht wird und ab dem Haushaltsjahr 2016 dem Einzelplan 60 des Bundeshaushaltes als Anlage beizufügen ist. Der Wirtschaftsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Im Übrigen ist § 113 der Bundeshaushaltsordnung anzuwenden.

(2) Der dem Sondervermögen zur Verfügung gestellte Betrag verbleibt bis zur Auszahlung unverzinslich im Kassenbereich des Bundes und wird bedarfsgerecht über das Sondervermögen ausgezahlt. Eine Kreditaufnahme durch das Sondervermögen ist nicht zulässig.

§ 6

Rechnungslegung

Das Bundesministerium der Finanzen legt jährlich Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens. Sie ist als Übersicht der Haushaltsrechnung des Bundes beizufügen.

§ 7

Verwaltungskosten

Die Kosten für die Verwaltung des Sondervermögens trägt der Bund.

§ 8

Auflösung

Das Sondervermögen ist nach Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben, spätestens mit Ablauf des Jahres 2020 aufzulösen. Ein verbleibendes Vermögen fällt dem Bund zu. Die Einzelheiten der Abwicklung des Sondervermögens nach seiner Auflösung bestimmt die Bundesregierung in einer Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Artikel 2

Gesetz

zur Förderung von

Investitionen finanzschwacher Kommunen
(Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG)

§ 1

Förderziel und Fördervolumen

Zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet unterstützt der Bund die Länder bei der Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände. Hierzu gewährt der Bund aus dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ den Ländern Finanzhilfen für Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände nach Artikel 104b Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro.

§ 2

Verteilung

Der in § 1 Satz 2 festgelegte Betrag wird nach folgenden Prozentsätzen auf die Länder aufgeteilt:

Baden-Württemberg	7,0770
Bayern	8,2640
Berlin	3,9385
Brandenburg	3,0842
Bremen	1,1078
Hamburg	1,6692
Hessen	9,0611
Mecklenburg-Vorpommern	2,2650
Niedersachsen	9,3583
Nordrhein-Westfalen	32,1606
Rheinland-Pfalz	7,2342
Saarland	2,1518
Sachsen	4,4501
Sachsen-Anhalt	3,1680
Schleswig-Holstein	2,8439
Thüringen	2,1663.

§ 3

Förderbereiche

Die Finanzhilfen werden trägerneutral für Maßnahmen in folgenden Bereichen gewährt:

1. Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur
 - a) Krankenhäuser,
 - b) Lärmbekämpfung, insbesondere bei Straßen, ohne Schutz vor verhaltensbezogenem Lärm,

- c) Städtebau (ohne Abwasser) einschließlich altersgerechter Umbau, Barriereabbau (auch im öffentlichen Personennahverkehr), Brachflächenrevitalisierung,
- d) Informationstechnologie, beschränkt auf finanzschwache Kommunen in ländlichen Gebieten, zur Erreichung des 50 Mbit-Ausbauziels,
- e) Energetische Sanierung sonstiger Infrastrukturinvestitionen,
- f) Luftreinhaltung.

2. Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur

- a) Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, einschließlich des Anschlusses dieser Infrastruktur an ein vorhandenes Netz, aus dem Wärme aus erneuerbaren Energieträgern bezogen wird,
- b) Energetische Sanierung von Einrichtungen der Schulinfrastruktur,
- c) Energetische Sanierung kommunaler oder gemeinnütziger Einrichtungen der Weiterbildung,
- d) Modernisierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten.

Einrichtungen gemäß Nummer 1 außerhalb der sozialen Daseinsvorsorge, die durch Gebühren und Beiträge vollständig zu finanzieren sind, können nicht gefördert werden.

§ 4

Doppelförderung

(1) Für Investitionen, die nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilsfinanzierung nach Artikel 104b des Grundgesetzes oder nach Artikel 91a des Grundgesetzes oder durch andere Förderprogramme des Bundes gefördert werden, können nicht gleichzeitig Finanzhilfen nach diesem Gesetz gewährt werden.

(2) Investive Begleit- und Folgemaßnahmen werden nur gefördert, wenn sie in Zusammenhang mit den Maßnahmen nach § 3 stehen.

(3) Die geförderten Investitionen sollen unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen auch längerfristig nutzbar sein.

§ 5

Förderzeitraum

(1) Investitionen können gefördert werden, wenn sie nach dem 30. Juni 2015 begonnen werden. Vor dem 1. Juli 2015 begonnene Investitionen, aber noch nicht abgeschlossene Maßnahmen können gefördert werden, wenn gegenüber dem Bund erklärt wird, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt. Im Jahr 2019 können Finanzhilfen nur für Investitionsvorhaben oder selbstständige Abschnitte von Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die bis zum 31. Dezember 2018 vollständig abgenommen wurden und die im Jahr 2019 vollständig abgerechnet werden.

(2) Förderfähig sind auch Investitionsvorhaben, bei denen sich die öffentliche Verwaltung zur Erledigung der von ihr wahrzunehmenden Aufgaben über den Lebenszyklus des Vorhabens eines Privaten im Rahmen einer vertraglichen Zusammenarbeit bedient.

Dabei kann sie dem privaten Vertragspartner für den investiven Kostenanteil des Vorhabens eine einmalige Vorabfinanzierung gewähren – im Folgenden Vorabfinanzierungs-ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) –, Fördermittel für derartige Vorabfinanzierungs-ÖPP können bis zum 31. Dezember 2019 beantragt werden, wenn bis zum 31. Dezember 2020 die Abnahme und Abrechnung des Investitionsvorhabens erfolgt.

§ 6

Förderquote und Bewirtschaftung

(1) Der Bund beteiligt sich mit bis zu 90 Prozent, die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligen sich mit mindestens 10 Prozent am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils der förderfähigen Kosten der Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände eines Landes. Die Länder sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass finanzschwache Gemeinden und Gemeindeverbände den Eigenfinanzierungsanteil erbringen können.

(2) Der Bund stellt die Finanzhilfen den Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung. Die zuständigen Stellen der Länder sind ermächtigt, die Auszahlung der Bundesmittel anzuordnen, sobald sie zur anteiligen Begleichung erforderlicher Zahlungen benötigt werden. Die Länder leiten die Finanzhilfen des Bundes unverzüglich an die Letztempfänger weiter.

(3) Den Ländern obliegt jeweils entsprechend den landesspezifischen Gegebenheiten die Auswahl der finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise den Stadtstaaten die Auswahl der förderfähigen Gebiete. Die Länder teilen dem Bundesministerium der Finanzen die Kriterien mit, anhand derer die Auswahl getroffen wurde.

§ 7

Prüfung der Mittelverwendung

(1) Die zuständigen obersten Landesbehörden sind verpflichtet, dem Bundesministerium der Finanzen die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes gemeinsam mit dem jeweiligen Landesrechnungshof im Sinne des § 93 der Bundeshaushaltsordnung bleibt hiervon unberührt.

(2) Die zuständigen obersten Landesbehörden übersenden dem Bundesministerium der Finanzen jährlich zum 1. Oktober eines Jahres Übersichten über die zweckentsprechende Verwendung der Bundesmittel der abgeschlossenen Maßnahmen des Vorjahres. Das Nähere regelt die Verwaltungsvereinbarung.

§ 8

Rückforderung

(1) Die Länder zahlen die Finanzhilfen zurück, wenn geförderte einzelne Maßnahmen nicht die Voraussetzungen der §§ 3 bis 6 erfüllen. Zurückgeforderte Mittel werden von dem jeweiligen Land an den Bund zurückgezahlt und können vorbehaltlich von Absatz 2 Satz 1 dem Land erneut zur Verfügung gestellt werden.

(2) Nach dem 31. Dezember 2019 dürfen Bundesmittel nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden,

bei Investitionsvorhaben nach § 5 Absatz 2 nicht mehr nach dem 31. Dezember 2020. Der Rückforderungsanspruch nach Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Nach Absatz 1 zurückzuzahlende Mittel sind zu verzinsen. Werden Mittel entgegen § 6 Absatz 2 Satz 2 und 3 zu früh angewiesen, so sind für die Zeit der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen zu zahlen.

(4) Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Rückforderung von Bundesmitteln möglich erscheinen lassen, haben das Bundesministerium der Finanzen sowie der Bundesrechnungshof ein Recht auf einzelfallbezogene Informationsbeschaffung einschließlich örtlicher Erhebungsbefugnisse.

§ 9

Verwaltungsvereinbarung

Die Einzelheiten des Verfahrens zur Durchführung dieses Gesetzes werden durch Verwaltungsvereinbarung geregelt. Die Inanspruchnahme der Finanzhilfen ist an das Inkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung gebunden.

Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Finanzausgleichsgesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2411) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Vom verbleibenden Aufkommen der Umsatzsteuer stehen den Gemeinden ab 1998 2,2 vom Hundert zu, zuzüglich eines Betrages von jährlich 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 sowie 1 500 Millionen Euro im Jahr 2017.“

2. § 1 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Der in Satz 4 genannte Betrag beläuft sich

in den Jahren 2005 und 2006 auf	2 322 712 000 Euro,
in den Jahren 2007 und 2008 auf	2 262 712 000 Euro,
im Jahr 2009 auf	1 727 712 000 Euro,
im Jahr 2010 auf	1 372 712 000 Euro,
im Jahr 2011 auf	1 912 712 000 Euro,
im Jahr 2012 auf	1 007 212 000 Euro,
im Jahr 2013 auf	947 462 000 Euro,
im Jahr 2014 auf	1 115 212 000 Euro,
in den Jahren 2015 und 2016 auf	326 212 000 Euro,
im Jahr 2017 auf	223 212 000 Euro,
im Jahr 2018 auf	977 712 000 Euro,
ab dem Jahr 2019 auf	1 077 712 000 Euro.“

3. Dem § 14 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Unterjährige Gesetzesänderungen mit Auswirkungen auf die Umsatzsteueranteile nach § 1 im laufenden Ausgleichsjahr werden gesondert im Rahmen des Zahlungsverkehrs der Einfuhrumsatzsteuer nach Absatz 2 berücksichtigt.“

Artikel 4
Änderung des
Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes

Dem § 4 des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1716) geändert worden ist, wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Soweit die in der Verordnung der Bundesregierung über die Verteilung und Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe“ ausgewiesenen und den Ländern zur Verwendung zustehenden Mittel in Höhe von 6,5 Milliarden Euro nicht erforderlich sind, kann der Bund diesen Teil der Mittel auch vor der Schlussabrechnung bis zu einer Höhe von 1 Milliarde Euro im Bundeshaushalt vereinnahmen. Hiervon unberührt bleiben die Hilfen, die bis zum Ablauf der in Artikel 4 Absatz 3 Satz 2 der Verwaltungsvereinbarung über die Festlegung von einheitlichen Maßstäben zur Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe“ für Maßnahmen nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 und 2 in den vom Hochwasser betroffenen Ländern genannten Frist für die Bewilligung von Anträgen bewilligt wurden.“

Artikel 5
Änderung des
Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

§ 46 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundversicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2954), das zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 15. April

2015 (BGBl. I S. 583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1. Diese Beteiligung beträgt in den Jahren 2011 bis 2013 im Land Baden-Württemberg 34,4 vom Hundert, im Land Rheinland-Pfalz 40,4 vom Hundert und in den übrigen Ländern 30,4 vom Hundert der Leistungen nach Satz 1. Im Jahr 2014 sowie ab dem Jahr 2018 beträgt diese Beteiligung im Land Baden-Württemberg 31,6 vom Hundert, im Land Rheinland-Pfalz 37,6 vom Hundert und in den übrigen Ländern 27,6 vom Hundert der Leistungen nach Satz 1. In den Jahren 2015 bis 2016 erhöht der Bund seine Beteiligung an den Leistungen nach Satz 1 um 3,7 Prozentpunkte auf 35,3 vom Hundert im Land Baden-Württemberg, auf 41,3 vom Hundert im Land Rheinland-Pfalz und auf 31,3 vom Hundert in den übrigen Ländern. Im Jahr 2017 erhöht der Bund seine Beteiligung an den Leistungen nach Satz 1 um 7,4 Prozentpunkte auf 39,0 vom Hundert im Land Baden-Württemberg, auf 45,0 vom Hundert im Land Rheinland-Pfalz und auf 35,0 vom Hundert in den übrigen Ländern.“

2. In Absatz 6 Satz 1 wird die Angabe „2 bis 4“ durch die Angabe „2 bis 5“ ersetzt.

Artikel 6
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 24. Juni 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Energie
Sigmar Gabriel

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Anlage zu Artikel 1 § 5 Absatz 1**Anlage**

(zu § 5 Absatz 1)

Wirtschaftsplan
des Sondervermögens „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“

Vorbemerkung

In Ausführung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (KInvF) wird ein „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ als Sondervermögen des Bundes errichtet. Der Fonds dient der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in den Jahren 2015 bis 2018 und soll dadurch einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur leisten. Das Volumen des Fonds beträgt 3,5 Milliarden Euro. Mit Blick auf den Adressatenkreis – finanzschwache Kommunen – beträgt die Förderquote des Bundes bis zu 90 Prozent. Die Länder stellen sicher, dass die finanzschwachen Kommunen einen Eigenanteil von mindestens 10 Prozent der Investitionssumme auch erbringen können und dürfen.

Überblick zur Anlage	Soll 2015 1 000 €	Soll 2014 1 000 €	Veränderung gegenüber 2014 1 000 €	Ausgabereste 2014 1 000 €	Ist 2013 1 000 €
Einnahmen					
Übrige Einnahmen	3 500 000	-	+3 500 000		-
Gesamteinnahmen	3 500 000	-	+3 500 000		-
Ausgaben					
Ausgaben für Investitionen	3 500 000	-	+3 500 000		-
Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-		-
Gesamtausgaben	3 500 000	-	+3 500 000		-
davon nicht flexibilisiert	3 500 000	-	+3 500 000		-

Titel Funktion	Zweckbestimmung	Soll 2015 1 000 €	Soll 2014 1 000 €	Ist 2013 1 000 €
Einnahmen				
Übrige Einnahmen				
334 01 -813	Zuführungen des Bundes	3 500 000	-	-
359 01 -850	Entnahme aus Rücklage	-	-	-
Haushaltsvermerk: Mehreinnahmen sind gemäß Kommunalinvestitionsförderungs-fonds-Errichtungsgesetz zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgenden Titeln: 882 01 und 919 01.				
Ausgaben				
Haushaltsvermerk: 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 359 01 2. Erstattungen und Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.				
Ausgaben für Investitionen				
882 01 -813	Finanzhilfen gemäß § 3 KInvFG	3 500 000	-	-
Erläuterungen: Die Mittel werden wie folgt auf die Länder aufgeteilt:				
Bezeichnung		€		
Baden-Württemberg		247 695 000		
Bayern		289 240 000		
Berlin		137 847 500		
Brandenburg		107 947 000		
Bremen		38 773 000		
Hamburg		58 422 000		
Hessen		317 138 500		
Mecklenburg-Vorpommern		79 275 000		
Niedersachsen		327 540 500		
Nordrhein-Westfalen		1 125 621 000		
Rheinland-Pfalz		253 197 000		
Saarland		75 313 000		
Sachsen		155 753 500		
Sachsen-Anhalt		110 880 000		
Schleswig-Holstein		99 536 500		
Thüringen		75 820 500		
Zusammen		3 500 000 000		
Besondere Finanzierungsausgaben				
919 01 -850	Zuführung an Rücklage	-	-	-

**Gesetz
über die Feststellung eines Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015
(Nachtragshaushaltsgesetz 2015)**

Vom 24. Juni 2015

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Haushaltsgesetz 2015 vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2442) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe „299 100 000 000“ durch die Angabe „301 600 000 000“ ersetzt.
2. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Reingewinn der Deutschen Bundesbank

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank wird im Haushaltsjahr 2015 ab-

weichend von § 6 Absatz 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ auf 2 953 608 879 Euro festgesetzt und dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ zugeführt.“

Artikel 2

Der Bundeshaushaltsplan 2015 wird nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtrags geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 24. Juni 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Nachtrag
zum Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
2015

Teil I: Haushaltsübersicht

- Einnahmen
- Ausgaben
- Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten
- Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 des Haushaltsgesetzes

Teil II: Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes

Teil III: Finanzierungsübersicht

Teil IV: Kreditfinanzierungsplan

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Bisherige Gesamt- einnahmen	Neue Gesamt- einnahmen	Gesamt- einnahmen	gegenüber 2014 mehr (+) weniger (-)
		2015 1 000 €	2015 1 000 €	2014 1 000 €	
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	193	193	-
02	Deutscher Bundestag	1 885	1 885	1 893	-8
03	Bundesrat	96	96	73	+23
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3 165	3 165	3 165	-
05	Auswärtiges Amt	144 095	144 095	145 215	-1 120
06	Bundesministerium des Innern	443 126	443 126	405 915	+37 211
07	Bundesministerium der Justiz und für Ver- braucherschutz	488 634	488 634	464 843	+23 791
08	Bundesministerium der Finanzen	324 511	324 511	1 038 693	-714 182
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ..	462 909	462 909	627 087	-164 178
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirt- schaft	85 117	85 117	120 489	-35 372
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1 901 250	1 901 250	1 863 291	+37 959
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale In- frastruktur	5 833 933	5 833 933	5 192 367	+641 566
14	Bundesministerium der Verteidigung	292 113	292 113	292 054	+59
15	Bundesministerium für Gesundheit	107 036	107 036	99 546	+7 490
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	721 397	721 397	773 176	-51 779
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	68 440	68 440	68 452	-12
19	Bundesverfassungsgericht	40	40	40	-
20	Bundesrechnungshof	15	15	340	-325
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung	566 166	566 166	566 030	+136
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung	89 426	89 426	89 426	-
32	Bundesschuld	1 077 534	1 103 425	7 758 236	-6 654 811
60	Allgemeine Finanzverwaltung	286 488 919	288 963 028	276 989 476	+11 973 552
	Einnahmen	299 100 000	301 600 000	296 500 000	+5 100 000

Zu Spalte 4: Darin enthalten sind

- Steuereinnahmen in Höhe von 278 924 500 T€,
- Einnahmen aus Krediten in Höhe von - T€ sowie
- sonstige Einnahmen in Höhe von 22 675 500 T€.

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Summe Spalten 8 bis 10	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen
		2015 1 000 €	2015 1 000 €	2015 1 000 €	2015 1 000 €
1	2	7	8	9	10
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	-	-	-	-
02	Deutscher Bundestag	-	-	-	-
03	Bundesrat	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	-	-	-	-
05	Auswärtiges Amt	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern	-	-	-	-
07	Bundesministerium der Justiz und für Ver- braucherschutz	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen	-	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ..	-	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirt- schaft	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	-	-	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale In- frastruktur	-	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	-	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	-	-	-	-
19	Bundesverfassungsgericht	-	-	-	-
20	Bundesrechnungshof	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung	-	-	-	-
32	Bundesschuld	25 891	-	25 891	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung	2 474 109	1 445 500	453 609	575 000
	Summe Nachtrag 2015	2 500 000	1 445 500	479 500	575 000
	Bisherige Summe Haushalt 2015	299 100 000	277 759 000	15 463 587	5 877 413
	Neue Summe Haushalt 2015	301 600 000	279 204 500	15 943 087	6 452 413
	Summe Haushalt 2014	296 500 000	268 415 000	16 111 943	11 973 057
	gegenüber 2014 mehr(+)/weniger(-)	+5 100 000	+10 789 500	-168 856	-5 520 644

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Bisherige Gesamt- ausgaben	Neue Gesamt- ausgaben	Gesamt- ausgaben	gegenüber 2014 mehr (+) weniger (-)
		2015 1 000 €	2015 1 000 €	2014 1 000 €	
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	33 734	33 734	33 110	+624
02	Deutscher Bundestag	801 486	801 486	765 403	+36 083
03	Bundesrat	23 811	23 811	23 000	+811
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2 234 798	2 234 798	2 095 554	+139 244
05	Auswärtiges Amt	3 725 314	3 726 464	3 638 266	+88 198
06	Bundesministerium des Innern	6 191 539	6 266 036	5 898 816	+367 220
07	Bundesministerium der Justiz und für Ver- braucherschutz	695 452	695 452	648 138	+47 314
08	Bundesministerium der Finanzen	5 570 621	5 580 621	5 206 261	+374 360
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ..	7 307 687	7 394 687	7 417 979	-23 292
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirt- schaft	5 350 716	5 350 716	5 310 535	+40 181
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	125 545 918	125 659 918	121 979 310	+3 680 608
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale In- frastruktur	23 281 434	23 281 434	22 861 948	+419 486
14	Bundesministerium der Verteidigung	32 974 183	32 974 183	32 435 376	+538 807
15	Bundesministerium für Gesundheit	12 066 920	12 066 920	11 052 689	+1 014 231
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3 855 197	3 865 197	3 667 304	+197 893
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8 523 562	8 535 562	7 959 508	+576 054
19	Bundesverfassungsgericht	33 324	33 324	46 065	-12 741
20	Bundesrechnungshof	141 482	141 482	135 989	+5 493
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung	6 509 157	6 543 462	6 443 633	+99 829
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung	15 274 960	15 274 960	14 053 404	+1 221 556
32	Bundesschuld	26 784 709	24 337 047	28 551 743	-4 214 696
60	Allgemeine Finanzverwaltung	12 173 996	16 778 706	16 275 969	+502 737
	Ausgaben	299 100 000	301 600 000	296 500 000	+5 100 000

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Summe	Personal-	Sächliche	Militärische
		Spalten 8 bis 14	ausgaben	Verwaltungs-	Beschaffungen,
		2015	2015	2015	Anlagen usw.
		1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	7	8	9	10
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	–	–	–	–
02	Deutscher Bundestag	–	–	–	–
03	Bundesrat	–	–	–	–
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	–	–	–	–
05	Auswärtiges Amt	1 150	1 150	–	–
06	Bundesministerium des Innern	74 497	14 658	31 065	–
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucher- schutz	–	–	–	–
08	Bundesministerium der Finanzen	10 000	–	–	–
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ..	87 000	–	–	–
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirt- schaft	–	–	–	–
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	114 000	–	–	–
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale In- frastruktur	–	–	–	–
14	Bundesministerium der Verteidigung	–	–	–	–
15	Bundesministerium für Gesundheit	–	–	–	–
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	10 000	–	–	–
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	12 000	–	–	–
19	Bundesverfassungsgericht	–	–	–	–
20	Bundesrechnungshof	–	–	–	–
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung	34 305	–	–	–
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung	–	–	–	–
32	Bundesschuld	–2 447 662	–	–	–
60	Allgemeine Finanzverwaltung	4 604 710	200 000	–	30 000
	Summe Nachtrag 2015	2 500 000	215 808	31 065	30 000
	Bisherige Summe Haushalt 2015	299 100 000	29 779 270	12 817 327	9 538 004
	Neue Summe Haushalt 2015	301 600 000	29 995 078	12 848 392	9 568 004
	Summe Haushalt 2014	296 500 000	28 906 566	12 460 428	9 988 872
	gegenüber 2014 mehr(+)/weniger(-)	+5 100 000	+1 088 512	+387 964	–420 868

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Schulden-	Zuweisungen	Ausgaben	Besondere
		dienst	und Zuschüsse	für	Finanzierungs-
		2015	(ohne	Investitionen	ausgaben
		1 000 €	Investitionen)	2015	2015
		1 000 €	2015	1 000 €	1 000 €
1	2	11	12	13	14
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	-	-	-	-
02	Deutscher Bundestag	-	-	-	-
03	Bundesrat	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	-	-	-	-
05	Auswärtiges Amt	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern	-	25 000	3 774	-
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen	-	10 000	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ..	-	-	87 000	-
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	-	114 000	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	-	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	-	-	10 000	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	-	12 000	-	-
19	Bundesverfassungsgericht	-	-	-	-
20	Bundesrechnungshof	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-	34 305	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	-	-	-	-
32	Bundesschuld	-2 447 662	-	-	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung	-	574 710	3 500 000	300 000
	Summe Nachtrag 2015	-2 447 662	770 015	3 600 774	300 000
	Bisherige Summe Haushalt 2015	25 592 709	195 538 713	26 452 575	-618 598
	Neue Summe Haushalt 2015	23 145 047	196 308 728	30 053 349	-318 598
	Summe Haushalt 2014	27 617 653	189 570 000	29 853 026	-1 896 545
	gegenüber 2014 mehr(+)/weniger(-)	-4 472 606	+6 738 728	+200 323	+1 577 947

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 2015 1 000 €	von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden				
			2016	2017	2018	Folgejahre	in künftigen Haushaltsjahren
			1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	Es treten hinzu:						
02	Deutscher Bundestag	-	-	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	-	-	-	-	-	-
05	Auswärtiges Amt	-	-	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern	20 000	10 000	10 000	-	-	-
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	-	-	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen	-	-	-	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	-	-	-	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	420 000	150 000	150 000	120 000	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	28 829	5 259	8 039	5 634	9 897	-
14	Bundesministerium der Verteidigung	-	-	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit ...	-	-	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ...	20 000	10 000	10 000	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	-	-	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ...	-	-	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	-	-	-	-	-	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung	200 999	34 833	35 833	-41 667	-	172 000
	Summe Nachtrag 2015	689 828	210 092	213 872	83 967	9 897	172 000
	Bisherige Summe Haushalt 2015...	66 276 155	17 741 055	15 376 065	13 300 624	12 119 220	7 739 191
	Neue Summe Haushalt 2015	66 965 983	17 951 147	15 589 937	13 384 591	12 129 117	7 911 191

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil I: Haushaltsübersicht

Flexibilisierte Ausgaben nach § 5 des Haushaltsgesetzes

Epl.	Bezeichnung	Kapitel	Bisheriger Betrag für 2015 1 000 €	Neuer Betrag für 2015 1 000 €	2014 1 000 €	gegenüber 2014 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	01, 11, 12, 13	23 710	23 710	23 369	+341
02	Deutscher Bundestag	01, 03, 04	310 001	310 001	287 678	+22 323
03	Bundesrat	11, 12	17 493	17 493	17 154	+339
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	01, 02, 03, 05, 06, 07, 08, 09	282 883	282 883	270 101	+12 782
05	Auswärtiges Amt	04, 11, 12, 13	1 197 413	1 198 563	1 147 902	+50 661
06	Bundesministerium des Innern	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 23, 24, 25, 28, 29, 33, 34, 35	3 767 797	3 803 938	3 573 020	+230 918
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19	436 151	436 151	407 082	+29 069
08	Bundesministerium der Finanzen	11, 12, 13, 14, 15, 16	2 905 541	2 905 541	2 688 759	+216 782
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18	832 013	832 013	780 452	+51 561
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18	376 224	376 224	386 827	-10 603
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	11, 12, 13, 14, 15, 16	223 000	223 000	213 397	+9 603
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	01, 03, 04, 05, 08, 11, 12, 14, 16, 21, 23, 28	1 041 002	1 041 002	904 641	+136 361
14	Bundesministerium der Verteidigung ..	01, 03, 04, 07, 09	2 053 525	2 053 525	2 005 657	+47 868
15	Bundesministerium für Gesundheit ...	01, 04, 05, 06, 10, 11	300 815	300 815	283 430	+17 385
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11, 12, 13, 14, 15, 16, 17	390 934	390 934	361 071	+29 863
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11, 12, 13, 14, 15	119 331	119 331	116 564	+2 767
19	Bundesverfassungsgericht	11, 12	27 014	27 014	39 964	-12 950
20	Bundesrechnungshof	11, 12, 13	98 236	98 236	95 314	+2 922
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11, 12	88 572	88 572	85 636	+2 936
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	02, 11, 12	129 243	129 243	126 802	+2 441
	Summe		14 620 898	14 658 189	13 814 820	+843 369

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil II:

**Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme
nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes sowie der Verordnung über das Verfahren
zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 5 des Artikel 115-Gesetzes**

Komponenten zur Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme	Bisheriger Betrag für 2015	Neuer Betrag für 2015
	Millionen €	
1	2	3
1. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21 %, Abbauschnitt: 0,31 % p.a.)	0,660	0,660
2. Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorange- gangenen Jahres	2 809 480	2 809 480
3. Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (Produkt aus 1. und 2.)	18 551	18 551
4. Saldo der finanziellen Transaktionen (Differenz zwischen 4a. und 4b.)	1 372	1 372
4a. Finanzielle Transaktionen: Einnahmen	(1 846)	(1 846)
4aa. Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	1 846	1 846
4ab. Einnahmen aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	–	–
4b. Finanzielle Transaktionen: Ausgaben	(474)	(474)
4ba. Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	474	474
4bb. Ausgaben aus finanziellen Transaktionen der Sondervermögen	–	–
5. Konjunkturkomponente (Produkt aus 5c. und der Summe von 5a. und 5b.)	–5 003	–1 003
5a. Nominale Produktionslücke	–24 415	–24 415
5b. Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung	–	19 521
5c. Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,205	0,205
6. Abbauverpflichtung aus dem Kontrollkonto	–	–
7. Zulässige Nettokreditaufnahme (Differenz zwischen 3. und der Summe der Positionen 4., 5. und 6.)	22 182	18 182
8. Nettokreditaufnahme des Bundes	–	–
9. Finanzierungssalden der Sondervermögen	–	–
10. Für die Schuldenregel relevante Kreditaufnahme (Differenz zwischen 8. und 9.)	–	–
Nachrichtlich: Stand des Kontrollkontos auf Basis des Haushaltsabschlusses 2013 (Spalte 2) und 2014 (Spalte 3)	85 701	119 813

Datengrundlage: Jeweils aktuelle Daten des Statistischen Bundesamts und gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen der Bundesregierung.

zu 4ab., 4bb. und 9.: Zu den Sondervermögen gehören der „Energie- und Klimafonds“, der Fonds „Aufbauhilfe“ und der „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“. Es ist derzeit noch nicht absehbar, in welchen Jahren und in welcher Höhe die Mittel der Fonds „Aufbauhilfe“ und „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ ausgegeben werden.

Differenzen durch Rundung möglich.

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil III:

Finanzierungsübersicht

Finanzierungsübersicht		Bisheriger Betrag für 2015	Für 2015 treten hinzu	Neuer Betrag für 2015
		1 000 €		
1		2	3	4
1.	Berechnung des Finanzierungssaldos			
1.1	Einnahmen	298 820 000	2 500 000	301 320 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)			
	<i>davon:</i>			
	<i>Steuereinnahmen</i>	277 479 000	1 445 500	278 924 500
	<i>Verwaltungseinnahmen</i>	21 341 000	1 054 500	22 395 500
1.2	Ausgaben	299 100 000	2 500 000	301 600 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)			
	Negativer Finanzierungssaldo (Finanzierungsdefizit)	-280 000	-	-280 000
2.	Deckung des Finanzierungssaldos			
2.1	Münzeinnahmen	280 000	-	280 000
2.2	Nettoneuverschuldung (Nettokreditaufnahme) am Kreditmarkt ...	-	-	-
2.3	Summe	(280 000)	(-)	(280 000)

Nachtrag zum Gesamtplan – Teil IV:
Kreditfinanzierungsplan

Kreditfinanzierungsplan	Bisheriger Betrag für 2015	Für 2015 treten hinzu	Neuer Betrag für 2015
	1 000 €		
1	2	3	4
1. Einnahmen			
1.1 Einnahmen aus Krediten (Bruttokreditaufnahme)	(190 330 764)	(-7 271 389)	(183 059 375)
1.1.1 Laufzeit mehr als vier Jahre	98 241 303	846 778	99 088 081
1.1.2 Laufzeit ein bis vier Jahre	55 197 542	-4 783 347	50 414 195
1.1.3 Laufzeit weniger als ein Jahr	36 891 919	-3 334 820	33 557 099
1.2 Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung	(-)	(13)	(13)
1.2.1 Bundesbankmehrgewinn (Kap. 6002 Tit. 121 04)	-	-	-
1.2.2 Spenden	-	13	13
1.2.3 Teilaufhebung von Entschuldungsbescheiden nach Art. 25 Abs. 3 Einigungsvertrag	-	-	-
1.2.4 Rückbuchung erloschener Restanten	-	-	-
Einnahmen	190 330 764	-7 271 376	183 059 388
2. Ausgaben zur Tilgung von Krediten			
2.1 Laufzeit mehr als vier Jahre	94 077 141	62 011	94 139 152
2.2 Laufzeit ein bis vier Jahre	56 151 069	49 079	56 200 148
2.3 Laufzeit weniger als ein Jahr	38 278 320	113 865	38 392 185
Ausgaben	188 506 530	224 955	188 731 485
3. Herleitung der Nettokreditaufnahme			
3.1 Bruttokreditaufnahme (aus 1.1)	190 330 764	-7 271 389	183 059 375
3.2 Sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung (aus 1.2)	-	13	13
	(190 330 764)	(-7 271 376)	(183 059 388)
3.3 Tilgung von Krediten (aus 2.)	-188 506 530	-224 955	-188 731 485
	(1 824 234)	(-7 496 331)	(-5 672 097)
3.4 Eigenbestandsveränderung (Marktpflege)	1 519 213	-2 481 640	-962 427
	(3 343 447)	(-9 977 971)	(-6 634 524)
3.5 Selbstbewirtschaftungsmittel			
3.5.1 Nicht kassenwirksame, NKA-relevante Haushaltsausgaben zur Finanzierung von Auszahlungen zur Verrechnung auf Selbstbe- wirtschaftungskonten	-	-	-
3.5.2 Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Fi- nanzierung von Auszahlungen an Dritte aus Selbstbewirtschaf- tungskonten	-	-50 000	-50 000
3.6 Sondervermögen „Schlusszahlungsvorsorge“			
3.6.1 Nicht kassenwirksame, NKA-relevante Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführungen zum Sondervermögen	372 644	-643 704	-271 060
3.6.2 Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Fi- nanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-	-	-
3.7 Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ und „Kinderbetreu- ungsfinanzierung“			
3.7.1 Nicht kassenwirksame, NKA-relevante Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführung zum Sondervermögen	-	-	-
3.7.2 Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Fi- nanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-145 000	-45 000	-190 000
3.8 Sondervermögen „Aufbauhilfe“			
3.8.1 Nicht kassenwirksame, NKA-relevante Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführung zum Sondervermögen	-	-	-
3.8.2 Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Fi- nanzierung der Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-3 000 000	2 000 000	-1 000 000

Kreditfinanzierungsplan		Bisheriger Betrag für 2015	Für 2015 treten hinzu	Neuer Betrag für 2015
		1 000 €		
1		2	3	4
3.9	Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“			
3.9.1	Nicht kassenwirksame, NKA-relevante Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Zuführung zum Sondervermögen	-	3 500 000	3 500 000
3.9.2	Kassenwirksame, nicht NKA-relevante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Auszahlungen aus dem Sondervermögen	-	-700 000	-700 000
3.10	Umbuchungen zum Haushaltsausgleich gemäß dem Haushaltsvermerk zu Kap. 3201	-571 091	5 916 675	5 345 584
	Nettokreditaufnahme	-	-	-

**Einundzwanzigste Verordnung
zur Anpassung des Bemessungsbetrages
und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(21. KOV-Anpassungsverordnung 2015 – 21. KOV-AnpV 2015)**

Vom 19. Juni 2015

Auf Grund des § 56 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Bundesversorgungsgesetzes, dessen Absatz 2 zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 24. Mai 2014 (BGBl. I S. 538) und dessen Absatz 1 zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2495) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

**Artikel 1
Änderung des
Bundesversorgungsgesetzes**

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 4a des Gesetzes vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 14 wird die Angabe „154“ durch die Angabe „157“ ersetzt.
2. In § 15 Satz 2 wird die Angabe „1,939“ durch die Angabe „1,980“ ersetzt.
3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einem Grad der Schädigungsfolgen	
von 30	in Höhe von 132 Euro,
von 40	in Höhe von 181 Euro,
von 50	in Höhe von 243 Euro,
von 60	in Höhe von 307 Euro,
von 70	in Höhe von 426 Euro,
von 80	in Höhe von 515 Euro,
von 90	in Höhe von 619 Euro,
von 100	in Höhe von 693 Euro.

 Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 und 60	um 27 Euro,
von 70 und 80	um 34 Euro,
von mindestens 90	um 41 Euro.“

b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Beschädigte mit einem Grad der Schädigungsfolgen von 100, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I	80 Euro,
Stufe II	165 Euro,
Stufe III	246 Euro,
Stufe IV	329 Euro,
Stufe V	410 Euro,
Stufe VI	494 Euro.“

4. § 32 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einem Grad der Schädigungsfolgen

von 50 oder 60	426 Euro,
von 70 oder 80	515 Euro,
von 90	619 Euro,
von 100	693 Euro.“

5. In § 33 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a wird die Angabe „29 367“ durch die Angabe „29 978“ ersetzt.

6. In § 33a Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „75“ durch die Angabe „77“ ersetzt.

7. § 35 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „287“ durch die Angabe „293“ ersetzt.
- b) In Satz 4 wird die Angabe „490, 696, 893, 1 161 oder 1 427“ durch die Angabe „500, 711, 912, 1 185 oder 1 457“ ersetzt.

8. § 36 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „1 640“ durch die Angabe „1 674“ und die Angabe „821“ durch die Angabe „838“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „1 640“ durch die Angabe „1 674“ ersetzt.

9. In § 40 wird die Angabe „408“ durch die Angabe „417“ ersetzt.

10. In § 41 Absatz 2 wird die Angabe „450“ durch die Angabe „459“ ersetzt.
11. In § 46 wird die Angabe „115“ durch die Angabe „117“ und die Angabe „215“ durch die Angabe „220“ ersetzt.
12. In § 47 Absatz 1 wird die Angabe „202“ durch die Angabe „206“ und die Angabe „281“ durch die Angabe „287“ ersetzt.
13. § 51 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird die Angabe „552“ durch die Angabe „564“ und die Angabe „385“ durch die Angabe „393“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird die Angabe „101“ durch die Angabe „103“ und die Angabe „75“ durch die Angabe „77“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „313“ durch die Angabe „320“ und die Angabe „227“ durch die Angabe „232“ ersetzt.
14. In § 53 Satz 2 wird die Angabe „1 640“ durch die Angabe „1 674“ und die Angabe „821“ durch die Angabe „838“ ersetzt.

Artikel 2**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2015 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 19. Juni 2015

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Andrea Nahles

**Siebenundvierzigste Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Siebenundvierzigste Anrechnungsverordnung – 47. AnrV)**

Vom 19. Juni 2015

Auf Grund des § 33 Absatz 6 in Verbindung mit § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes, von denen § 33 Absatz 6 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 35 Buchstabe b und § 41 Absatz 3 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 41 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904) sowie § 51 Absatz 4 durch Artikel 1 Nummer 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, sowie unter Berücksichtigung der 21. KOV-Anpassungsverordnung 2015 vom 19. Juni 2015 (BGBl. I S. 993) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 2015 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Absatz 1, § 41 Absatz 3, § 47 Absatz 2, § 33a Absatz 1 Satz 3, § 33b Absatz 5 Satz 3 und § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Absatz 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Be-

steht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Euro nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Absatz 3 Satz 3 und des § 51 Absatz 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Absatz 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 10,245 Euro und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 6,520 Euro je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 3,465 Euro hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Euro nach unten abzurunden.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sechsendvierzigste Anrechnungsverordnung vom 23. September 2014 (BGBl. I S. 1535) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 19. Juni 2015

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Andrea Nahles

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit ab 1. Juli 2015
in Euro

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
348	130	0	0	693	619	515	426	287	206	0	0	459	564	393
358	136	0	0	693	619	515	426	287	206	1	3	456	561	390
368	143	0	0	693	619	515	426	287	206	2	6	453	558	387
378	149	0	0	693	619	515	426	287	206	3	10	449	554	383
388	156	0	0	693	619	515	426	287	206	4	13	446	551	380
399	162	0	0	693	619	515	426	287	206	5	17	442	547	376
409	169	0	0	693	619	515	426	287	206	6	20	439	544	373
419	175	0	0	693	619	515	426	287	206	7	24	435	540	369
429	182	0	0	693	619	515	426	287	206	8	27	432	537	366
440	188	0	0	693	619	515	426	287	206	9	31	428	533	362
450	195	0	0	693	619	515	426	287	206	10	34	425	530	359
460	201	1	3	690	616	512	423	284	203	11	37	422	527	356
470	208	2	6	687	613	509	420	281	200	12	40	419	524	353
480	214	3	10	683	609	505	416	277	196	13	44	415	520	349
490	221	4	13	680	606	502	413	274	193	14	47	412	517	346
501	227	5	17	676	602	498	409	270	189	15	51	408	513	342
511	234	6	20	673	599	495	406	267	186	16	54	405	510	339
521	240	7	24	669	595	491	402	263	182	17	58	401	506	335
531	247	8	27	666	592	488	399	260	179	18	61	398	503	332
542	253	9	31	662	588	484	395	256	175	19	65	394	499	328
552	260	10	34	659	585	481	392	253	172	20	68	391	496	325
562	266	11	38	655	581	477	388	249	168	21	72	387	492	321
572	273	12	41	652	578	474	385	246	165	22	75	384	489	318
583	279	13	45	648	574	470	381	242	161	23	79	380	485	314
593	286	14	48	645	571	467	378	239	158	24	82	377	482	311
603	292	15	51	642	568	464	375	236	155	25	85	374	479	308
613	299	16	55	638	564	460	371	232	151	26	89	370	475	304
624	305	17	58	635	561	457	368	229	148	27	92	367	472	301
634	312	18	62	631	557	453	364	225	144	28	96	363	468	297
644	318	19	65	628	554	450	361	222	141	29	99	360	465	294

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
654	325	20	69	624	550	446	357	218	137	30	103	356	461	290
665	331	21	72	621	547	443	354	215	134	31	106	353	458	287
675	338	22	76	617	543	439	350	211	130	32	110	349	454	283
685	344	23	79	614	540	436	347	208	127	33	113	346	451	280
695	351	24	83	610	536	432	343	204	123	34	117	342	447	276
706	358	25	86	607	533	429	340	201	120	35	120	339	444	273
716	364	26	90	603	529	425	336	197	116	36	124	335	440	269
726	371	27	93	600	526	422	333	194	113	37	127	332	437	266
736	377	28	97	596	522	418	329	190	109	38	131	328	433	262
747	384	29	100	593	519	415	326	187	106	39	134	325	430	259
757	390	30	103	590	516	412	323	184	103	40	137	322	427	256
767	397	31	107	586	512	408	319	180	99	41	141	318	423	252
777	403	32	110	583	509	405	316	177	96	42	144	315	420	249
788	410	33	114	579	505	401	312	173	92	43	148	311	416	245
798	416	34	117	576	502	398	309	170	89	44	151	308	413	242
808	423	35	121	572	498	394	305	166	85	45	155	304	409	238
818	429	36	124	569	495	391	302	163	82	46	158	301	406	235
829	436	37	128	565	491	387	298	159	78	47	162	297	402	231
839	442	38	131	562	488	384	295	156	75	48	165	294	399	228
849	449	39	135	558	484	380	291	152	71	49	169	290	395	224
859	455	40	138	555	481	377	288	149	68	50	172	287	392	221
870	462	41	142	551	477	373	284	145	64	51	176	283	388	217
880	468	42	145	548	474	370	281	142	61	52	179	280	385	214
890	475	43	148	545	471	367	278	139	58	53	182	277	382	211
900	481	44	152	541	467	363	274	135	54	54	186	273	378	207
911	488	45	155	538	464	360	271	132	51	55	189	270	375	204
921	494	46	159	534	460	356	267	128	47	56	193	266	371	200
931	501	47	162	531	457	353	264	125	44	57	196	263	368	197
941	507	48	166	527	453	349	260	121	40	58	200	259	364	193
952	514	49	169	524	450	346	257	118	37	59	203	256	361	190
962	521	50	173	520	446	342	253	114	33	60	207	252	357	186
972	527	51	176	517	443	339	250	111	30	61	210	249	354	183
982	534	52	180	513	439	335	246	107	26	62	214	245	350	179
992	540	53	183	510	436	332	243	104	23	63	217	242	347	176
1 003	547	54	187	506	432	328	239	100	19	64	221	238	343	172

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
1 013	553	55	190	503	429	325	236	97	16	65	224	235	340	169
1 023	560	56	194	499	425	321	232	93	12	66	228	231	336	165
1 033	566	57	197	496	422	318	229	90	9	67	231	228	333	162
1 044	573	58	200	493	419	315	226	87	6	68	234	225	330	159
1 054	579	59	204	489	415	311	222	83	2	69	238	221	326	155
1 064	586	60	207	486	412	308	219	80	0	70	241	218	323	152
1 074	592	61	211	482	408	304	215	76	0	71	245	214	319	148
1 085	599	62	214	479	405	301	212	73	0	72	248	211	316	145
1 095	605	63	218	475	401	297	208	69	0	73	252	207	312	141
1 105	612	64	221	472	398	294	205	66	0	74	255	204	309	138
1 115	618	65	225	468	394	290	201	62	0	75	259	200	305	134
1 126	625	66	228	465	391	287	198	59	0	76	262	197	302	131
1 136	631	67	232	461	387	283	194	55	0	77	266	193	298	127
1 146	638	68	235	458	384	280	191	52	0	78	269	190	295	124
1 156	644	69	239	454	380	276	187	48	0	79	273	186	291	120
1 167	651	70	242	451	377	273	184	45	0	80	276	183	288	117
1 177	657	71	246	447	373	269	180	41	0	81	280	179	284	113
1 187	664	72	249	444	370	266	177	38	0	82	283	176	281	110
1 197	670	73	252	441	367	263	174	35	0	83	286	173	278	107
1 208	677	74	256	437	363	259	170	31	0	84	290	169	274	103
1 218	684	75	259	434	360	256	167	28	0	85	293	166	271	100
1 228	690	76	263	430	356	252	163	24	0	86	297	162	267	96
1 238	697	77	266	427	353	249	160	21	0	87	300	159	264	93
1 249	703	78	270	423	349	245	156	17	0	88	304	155	260	89
1 259	710	79	273	420	346	242	153	14	0	89	307	152	257	86
1 269	716	80	277	416	342	238	149	10	0	90	311	148	253	82
1 279	723	81	280	413	339	235	146	7	0	91	314	145	250	79
1 290	729	82	284	409	335	231	142	3	0	92	318	141	246	75
1 300	736	83	287	406	332	228	139	0	0	93	321	138	243	72
1 310	742	84	291	402	328	224	135	0	0	94	325	134	239	68
1 320	749	85	294	399	325	221	132	0	0	95	328	131	236	65
1 331	755	86	297	396	322	218	129	0	0	96	331	128	233	62
1 341	762	87	301	392	318	214	125	0	0	97	335	124	229	58
1 351	768	88	304	389	315	211	122	0	0	98	338	121	226	55
1 361	775	89	308	385	311	207	118	0	0	99	342	117	222	51

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
1 372	781	90	311	382	308	204	115	0	0	100	345	114	219	48
1 382	788	91	315	378	304	200	111	0	0	101	349	110	215	44
1 392	794	92	318	375	301	197	108	0	0	102	352	107	212	41
1 402	801	93	322	371	297	193	104	0	0	103	356	103	208	37
1 413	807	94	325	368	294	190	101	0	0	104	359	100	205	34
1 423	814	95	329	364	290	186	97	0	0	105	363	96	201	30
1 433	820	96	332	361	287	183	94	0	0	106	366	93	198	27
1 443	827	97	336	357	283	179	90	0	0	107	370	89	194	23
1 454	833	98	339	354	280	176	87	0	0	108	373	86	191	20
1 464	840	99	343	350	276	172	83	0	0	109	377	82	187	16
1 474	847	100	346	347	273	169	80	0	0	110	380	79	184	13
1 484	853	101	349	344	270	166	77	0	0	111	383	76	181	10
1 494	860	102	353	340	266	162	73	0	0	112	387	72	177	6
1 505	866	103	356	337	263	159	70	0	0	113	390	69	174	3
1 515	873	104	360	333	259	155	66	0	0	114	394	65	170	0
1 525	879	105	363	330	256	152	63	0	0	115	397	62	167	0
1 535	886	106	367	326	252	148	59	0	0	116	401	58	163	0
1 546	892	107	370	323	249	145	56	0	0	117	404	55	160	0
1 556	899	108	374	319	245	141	52	0	0	118	408	51	156	0
1 566	905	109	377	316	242	138	49	0	0	119	411	48	153	0
1 576	912	110	381	312	238	134	45	0	0	120	415	44	149	0
1 587	918	111	384	309	235	131	42	0	0	121	418	41	146	0
1 597	925	112	388	305	231	127	38	0	0	122	422	37	142	0
1 607	931	113	391	302	228	124	35	0	0	123	425	34	139	0
1 617	938	114	395	298	224	120	31	0	0	124	429	30	135	0
1 628	944	115	398	295	221	117	28	0	0	125	432	27	132	0
1 638	951	116	401	292	218	114	25	0	0	126	435	24	129	0
1 648	957	117	405	288	214	110	21	0	0	127	439	20	125	0
1 658	964	118	408	285	211	107	18	0	0	128	442	17	122	0
1 669	970	119	412	281	207	103	14	0	0	129	446	13	118	0
1 679	977	120	415	278	204	100	11	0	0	130	449	10	115	0
1 689	983	121	419	274	200	96	7	0	0	131	453	6	111	0
1 699	990	122	422	271	197	93	4	0	0	132	456	3	108	0
1 710	996	123	426	267	193	89	0	0	0	133	460	0	104	0
1 720	1 003	124	429	264	190	86	0	0	0	134	463	0	101	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen Euro	Aus- gleichs- renten Witwen Euro	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit bis zu Euro	übrige Ein- künfte bis zu Euro			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen Euro	Halb- waisen Euro				Eltern- paare Euro	Eltern- teile Euro
				100 Euro	90 Euro	80 oder 70 Euro	60 oder 50 Euro							
1 730	1 010	125	433	260	186	82	0	0	0	135	467	0	97	0
1 740	1 016	126	436	257	183	79	0	0	0	136	470	0	94	0
1 751	1 023	127	440	253	179	75	0	0	0	137	474	0	90	0
1 761	1 029	128	443	250	176	72	0	0	0	138	477	0	87	0
1 771	1 036	129	446	247	173	69	0	0	0	139	480	0	84	0
1 781	1 042	130	450	243	169	65	0	0	0	140	484	0	80	0
1 792	1 049	131	453	240	166	62	0	0	0	141	487	0	77	0
1 802	1 055	132	457	236	162	58	0	0	0	142	491	0	73	0
1 812	1 062	133	460	233	159	55	0	0	0	143	494	0	70	0
1 822	1 068	134	464	229	155	51	0	0	0	144	498	0	66	0
1 833	1 075	135	467	226	152	48	0	0	0	145	501	0	63	0
1 843	1 081	136	471	222	148	44	0	0	0	146	505	0	59	0
1 853	1 088	137	474	219	145	41	0	0	0	147	508	0	56	0
1 863	1 094	138	478	215	141	37	0	0	0	148	512	0	52	0
1 874	1 101	139	481	212	138	34	0	0	0	149	515	0	49	0
1 884	1 107	140	485	208	134	30	0	0	0	150	519	0	45	0
1 894	1 114	141	488	205	131	27	0	0	0	151	522	0	42	0
1 904	1 120	142	492	201	127	23	0	0	0	152	526	0	38	0
1 915	1 127	143	495	198	124	20	0	0	0	153	529	0	35	0
1 925	1 133	144	498	195	121	17	0	0	0	154	532	0	32	0
1 935	1 140	145	502	191	117	13	0	0	0	155	536	0	28	0
1 945	1 146	146	505	188	114	10	0	0	0	156	539	0	25	0
1 956	1 153	147	509	184	110	6	0	0	0	157	543	0	21	0
1 966	1 159	148	512	181	107	3	0	0	0	158	546	0	18	0
1 976	1 166	149	516	177	103	0	0	0	0	159	550	0	14	0
1 986	1 173	150	519	174	100	0	0	0	0	160	553	0	11	0
1 996	1 179	151	523	170	96	0	0	0	0	161	557	0	7	0
2 007	1 186	152	526	167	93	0	0	0	0	162	560	0	4	0
2 017	1 192	153	530	163	89	0	0	0	0	163	564	0	0	0
2 027	1 199	154	533	160	86	0	0	0	0	164	567	0	0	0
2 037	1 205	155	537	156	82	0	0	0	0	165	571	0	0	0
2 048	1 212	156	540	153	79	0	0	0	0	166	574	0	0	0
2 058	1 218	157	544	149	75	0	0	0	0	167	578	0	0	0
2 068	1 225	158	547	146	72	0	0	0	0	168	581	0	0	0
2 078	1 231	159	550	143	69	0	0	0	0	169	584	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu Euro	bis zu Euro			100	90	80 oder 70	60 oder 50							
2 089	1 238	160	554	139	65	0	0	0	0	170	588	0	0	0
2 099	1 244	161	557	136	62	0	0	0	0	171	591	0	0	0
2 109	1 251	162	561	132	58	0	0	0	0	172	595	0	0	0
2 119	1 257	163	564	129	55	0	0	0	0	173	598	0	0	0
2 130	1 264	164	568	125	51	0	0	0	0	174	602	0	0	0
2 140	1 270	165	571	122	48	0	0	0	0	175	605	0	0	0
2 150	1 277	166	575	118	44	0	0	0	0	176	609	0	0	0
2 160	1 283	167	578	115	41	0	0	0	0	177	612	0	0	0
2 171	1 290	168	582	111	37	0	0	0	0	178	616	0	0	0
2 181	1 296	169	585	108	34	0	0	0	0	179	619	0	0	0
2 191	1 303	170	589	104	30	0	0	0	0	180	623	0	0	0
2 201	1 309	171	592	101	27	0	0	0	0	181	626	0	0	0
2 212	1 316	172	595	98	24	0	0	0	0	182	629	0	0	0
2 222	1 322	173	599	94	20	0	0	0	0	183	633	0	0	0
2 232	1 329	174	602	91	17	0	0	0	0	184	636	0	0	0
2 242	1 336	175	606	87	13	0	0	0	0	185	640	0	0	0
2 253	1 342	176	609	84	10	0	0	0	0	186	643	0	0	0
2 263	1 349	177	613	80	6	0	0	0	0	187	647	0	0	0
2 273	1 355	178	616	77	3	0	0	0	0	188	650	0	0	0
2 283	1 362	179	620	73	0	0	0	0	0	189	654	0	0	0
2 294	1 368	180	623	70	0	0	0	0	0	190	657	0	0	0
2 304	1 375	181	627	66	0	0	0	0	0	191	661	0	0	0
2 314	1 381	182	630	63	0	0	0	0	0	192	664	0	0	0
2 324	1 388	183	634	59	0	0	0	0	0	193	668	0	0	0
2 335	1 394	184	637	56	0	0	0	0	0	194	671	0	0	0
2 345	1 401	185	641	52	0	0	0	0	0	195	675	0	0	0
2 355	1 407	186	644	49	0	0	0	0	0	196	678	0	0	0
2 365	1 414	187	647	46	0	0	0	0	0	197	681	0	0	0
2 376	1 420	188	651	42	0	0	0	0	0	198	685	0	0	0
2 386	1 427	189	654	39	0	0	0	0	0	199	688	0	0	0
2 396	1 433	190	658	35	0	0	0	0	0	200	692	0	0	0
2 406	1 440	191	661	32	0	0	0	0	0	201	695	0	0	0
2 417	1 446	192	665	28	0	0	0	0	0	202	699	0	0	0
2 427	1 453	193	668	25	0	0	0	0	0	203	702	0	0	0
2 437	1 459	194	672	21	0	0	0	0	0	204	706	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
2 447	1 466	195	675	18	0	0	0	0	0	205	709	0	0	0
2 458	1 472	196	679	14	0	0	0	0	0	206	713	0	0	0
2 468	1 479	197	682	11	0	0	0	0	0	207	716	0	0	0
2 478	1 485	198	686	7	0	0	0	0	0	208	720	0	0	0
2 488	1 492	199	689	4	0	0	0	0	0	209	723	0	0	0
2 499	1 499	200	693	0	0	0	0	0	0	210	727	0	0	0
2 509	1 505	201	696	0	0	0	0	0	0	211	730	0	0	0
2 519	1 512	202	699	0	0	0	0	0	0	212	733	0	0	0
2 529	1 518	203	703	0	0	0	0	0	0	213	737	0	0	0
2 539	1 525	204	706	0	0	0	0	0	0	214	740	0	0	0
2 550	1 531	205	710	0	0	0	0	0	0	215	744	0	0	0
2 560	1 538	206	713	0	0	0	0	0	0	216	747	0	0	0
2 570	1 544	207	717	0	0	0	0	0	0	217	751	0	0	0
2 580	1 551	208	720	0	0	0	0	0	0	218	754	0	0	0
2 591	1 557	209	724	0	0	0	0	0	0	219	758	0	0	0
2 601	1 564	210	727	0	0	0	0	0	0	220	761	0	0	0
2 611	1 570	211	731	0	0	0	0	0	0	221	765	0	0	0
2 621	1 577	212	734	0	0	0	0	0	0	222	768	0	0	0
2 632	1 583	213	738	0	0	0	0	0	0	223	772	0	0	0
2 642	1 590	214	741	0	0	0	0	0	0	224	775	0	0	0
2 652	1 596	215	744	0	0	0	0	0	0	225	778	0	0	0
2 662	1 603	216	748	0	0	0	0	0	0	226	782	0	0	0
2 673	1 609	217	751	0	0	0	0	0	0	227	785	0	0	0
2 683	1 616	218	755	0	0	0	0	0	0	228	789	0	0	0
2 693	1 622	219	758	0	0	0	0	0	0	229	792	0	0	0
2 703	1 629	220	762	0	0	0	0	0	0	230	796	0	0	0
2 714	1 635	221	765	0	0	0	0	0	0	231	799	0	0	0
2 724	1 642	222	769	0	0	0	0	0	0	232	803	0	0	0
2 734	1 648	223	772	0	0	0	0	0	0	233	806	0	0	0
2 744	1 655	224	776	0	0	0	0	0	0	234	810	0	0	0
2 755	1 662	225	779	0	0	0	0	0	0	235	813	0	0	0
2 765	1 668	226	783	0	0	0	0	0	0	236	817	0	0	0
2 775	1 675	227	786	0	0	0	0	0	0	237	820	0	0	0
2 785	1 681	228	790	0	0	0	0	0	0	238	824	0	0	0
2 796	1 688	229	793	0	0	0	0	0	0	239	827	0	0	0

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einem GdS von				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
				100	90	80 oder 70	60 oder 50							
bis zu Euro	bis zu Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
2 806	1 694	230	796	0	0	0	0	0	0	240	830	0	0	0
2 816	1 701	231	800	0	0	0	0	0	0	241	834	0	0	0
2 826	1 707	232	803	0	0	0	0	0	0	242	837	0	0	0
2 837	1 714	233	807	0	0	0	0	0	0	243	841	0	0	0
2 847	1 720	234	810	0	0	0	0	0	0	244	844	0	0	0
2 857	1 727	235	814	0	0	0	0	0	0	245	848	0	0	0
2 867	1 733	236	817	0	0	0	0	0	0	246	851	0	0	0
2 878	1 740	237	821	0	0	0	0	0	0	247	855	0	0	0
2 888	1 746	238	824	0	0	0	0	0	0	248	858	0	0	0
2 898	1 753	239	828	0	0	0	0	0	0	249	862	0	0	0
2 908	1 759	240	831	0	0	0	0	0	0	250	865	0	0	0
2 919	1 766	241	835	0	0	0	0	0	0	251	869	0	0	0
2 929	1 772	242	838	0	0	0	0	0	0	252	872	0	0	0
2 939	1 779	243	841	0	0	0	0	0	0	253	875	0	0	0
2 949	1 785	244	845	0	0	0	0	0	0	254	879	0	0	0
2 960	1 792	245	848	0	0	0	0	0	0	255	882	0	0	0
2 970	1 798	246	852	0	0	0	0	0	0	256	886	0	0	0
2 980	1 805	247	855	0	0	0	0	0	0	257	889	0	0	0
2 990	1 811	248	859	0	0	0	0	0	0	258	893	0	0	0
3 001	1 818	249	862	0	0	0	0	0	0	259	896	0	0	0
3 011	1 825	250	866	0	0	0	0	0	0	260	900	0	0	0

Elfte Verordnung zur Änderung der Ferienreiseverordnung

Vom 19. Juni 2015

Auf Grund des § 6 Absatz 1 Nummer 3 erster Halbsatz des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1958) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310) verordnet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur:

Artikel 1

§ 1 Absatz 2 der Ferienreiseverordnung vom 13. Mai 1985 (BGBl. I S. 774), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juni 2013 (BGBl. I S. 1577) geändert worden ist, wird die Tabelle wie folgt geändert:

1. In der Nummer 1 wird die Spalte „Streckenbeschreibung“ wie folgt gefasst:
„von Autobahnkreuz Köln-West über Autobahnkreuz Leverkusen-West, Wuppertal, Kamener Kreuz, Münster bis Anschlussstelle Lohne/Dinklage“.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.
3. Die bisherigen Nummern 5 bis 20 werden die Nummern 4 bis 19.
4. In der neuen Nummer 4 wird die Spalte „Streckenbeschreibung“ wie folgt gefasst:
„von Darmstädter Kreuz bis Anschlussstelle Karlsruhe-Süd und von der Anschlussstelle Offenburg bis zum Autobahndreieck Neuenburg“.
5. In der neuen Nummer 6 wird die Spalte „Streckenbeschreibung“ wie folgt gefasst:
„von Anschlussstelle Schleswig/Jagel bis Anschlussstelle Hamburg-Schnelsen-Nord, von Anschlussstelle Soltau-Süd bis Anschlussstelle Göttingen-Nord, von Autobahndreieck Schweinfurt/Werneck über Autobahnkreuz Biebelried, Autobahnkreuz Ulm/Elchingen und Autobahndreieck Allgäu bis zum Autobahnende Bundesgrenze Füssen“.
6. In der neuen Nummer 12 wird die Spalte „Streckenbeschreibung“ wie folgt gefasst:
„von der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen bis Anschlussstelle Gärtringen“.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann den Wortlaut der Ferienreiseverordnung in der ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 19. Juni 2015

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt

**Erste Verordnung
zur Änderung der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung**

Vom 20. Juni 2015

Auf Grund des § 56 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) unter Berücksichtigung des Artikels 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1738) verordnet das Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

**Änderung der
Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung**

§ 10 der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung vom 1. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1950) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „18. Lebensjahres“ durch die Angabe „21. Lebensjahres“ ersetzt.
- b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|-------------------------------|
| „6. derzeitige und frühere Anschriften und soweit bekannt, die neue Anschrift im Ausland | 1201 bis 1213a, 1232, 1233,“. |
|--|-------------------------------|
- c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|---------------------------|
| „7. Einzugsdatum, Auszugsdatum, Datum des letzten Zuzugs aus dem Ausland, Datum des letzten Wegzugs in das Ausland | 1301, 1305, 1306, 1314,“. |
|--|---------------------------|
- d) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 8 eingefügt:
- | | |
|--------------------------------------|---------|
| „8. derzeitige Staatsangehörigkeiten | 1001,“. |
|--------------------------------------|---------|
- e) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 9.

2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Die Meldebehörde, bei der sich eine erklärungspflichtige Person nach § 29 Absatz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, die 18, aber noch keine 23 Jahre alt ist, als aus dem Ausland kommend angemeldet hat, übermittelt nach Auswertung der Rückmeldung“ durch die Wörter „Die Meldebehörden übermitteln bei erklärungspflichtigen Personen nach § 29 Absatz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, im Falle des Zuzuges aus dem Ausland und nach Abschluss des Rückmeldeverfahrens“ ersetzt.
- b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|-------------------|
| „6. derzeitige und frühere Anschriften und bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland | 1201 bis 1213a,“. |
|--|-------------------|
- c) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|---------------------------|
| „8. Einzugsdatum, Auszugsdatum, Datum des letzten Zuzugs aus dem Ausland, Datum des letzten Wegzugs in das Ausland | 1301, 1305, 1306, 1314,“. |
|--|---------------------------|
- d) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 9 eingefügt:
- | | |
|--------------------------------------|---------|
| „9. derzeitige Staatsangehörigkeiten | 1001,“. |
|--------------------------------------|---------|
- e) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 20. Juni 2015

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Mai 2015 – 1 BvR 1501/13, 1 BvR 1682/13 – wird folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 8 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 (Artikel 1 des Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz; Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil 1 Nummer 4 vom 12. Februar 2013; zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg vom 28. April 2014, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil 1 Nummer 18, Seite 58) ist mit Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Absatz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 19. Juni 2015

Der Bundesminister
der Justiz und für Verbraucherschutz
Heiko Maas

Berichtigung der Dritten Verordnung zur Änderung der AMG-Kostenverordnung

Vom 24. Juni 2015

Die Dritte Verordnung zur Änderung der AMG-Kostenverordnung vom 3. März 2015 (BGBl. I S. 195) ist wie folgt zu berichtigen:

Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe d ist wie folgt zu fassen:

„d) Absatz 3 wird Absatz 2, und im Satzteil vor der Aufzählung werden die Angabe „bis 18“ durch die Angabe „bis 25“ sowie die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 1“ ersetzt.“

Bonn, den 24. Juni 2015

Bundesministerium für Gesundheit
Im Auftrag
Dr. Lars Nickel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,75 € (5,70 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten).

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Berichtigung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Vom 25. Juni 2015

Das Fünfte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) ist wie folgt zu berichtigen:

1. In Artikel 1 Nummer 5 ist in der Überschrift die Angabe „§ 23“ durch die Angabe „§ 23c“ zu ersetzen.
2. In Artikel 15 Absatz 7 sind die Wörter „Nummer 8 Buchstabe a, c, e bis g und Nummer“ durch die Angabe „Nummer 8 und“ und die Angabe „12a“ durch die Angabe „12 Buchstabe a“ zu ersetzen.

Berlin, den 25. Juni 2015

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Im Auftrag
Dr. Thomas Molkentin